

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Jugend und
Gleichstellung

Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Geschäftsführung: Peter Schmidt
Telefon: 06421 201-1505
E-Mail: peter.schmidt@marburg-stadt.de

Marburg, 05.03.2019

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)**
der Stadtverordnetenversammlung am

**Mittwoch, den 13.03.2019, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg**

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2019
- 3** Anträge der Fraktionen
- 3.1** Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Unterstützung der von Abschiebung bedrohten algerischen Familie aus Marburg
Vorlage: VO/6693/2019
- 4** Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Roland Böhm
Vorsitzender

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 13.02.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

reguläre Mitglieder

Frau Myriam Hövel - SPD	Vertretung für: Frau Bettina Böttcher
Frau Alexandra Klusmann - SPD	
Herr Steffen Rink - SPD	Vertretung für: Frau Erika Lotz-Halilovic
Herr Ulrich Severin - SPD	
Herr Winfried Kissel - CDU	
Herr Stephan Muth - CDU	
Frau Runhild Piper - CDU	
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
Frau Gabriele Mensing - BfM	

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD	- entschuldigt -
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	- entschuldigt -
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	- entschuldigt -

Magistrat

Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies, Stadträtin Frau Dinnebier

Verwaltung

Frau Dr. Amend-Wegmann, Frau Meier, Frau Mösbauer, Frau Wolkau, Herr Höhn, Herr Schmidt (Protokoll)

Behindertenbeirat

Frau Mayer

Seniorenbeirat

Frau Becker

Gäste

Frau Altmüller (Oberhessische Presse)

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2019

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

zu 3 Antidiskriminierung Mittelhessen e.V. Gründung eines Antidiskriminierungsvereins Vorlage: VO/6612/2019

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erläutert die Vorlage für den Magistrat und Frau Dr. Amend-Wegmann ergänzt die Ausführungen.

Die Vorlage wird diskutiert und Herr Kissel schlägt vor, die Beschlussformulierung um eine Ziffer 3 mit folgendem Wortlaut zu erweitern:

3. Nach Ablauf der Förderdauer von fünf Jahren erfolgt eine Evaluation und es wird geprüft, ob eine Verstetigung sinnvoll und notwendig ist.

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erklärt für den Magistrat, diese vorgeschlagene Änderung zu übernehmen.

Frau Dr. Perabo beantragt zur Geschäftsordnung:

Die Vorlage wird zu Beratung in die Beiräte* verwiesen.

*(Anm. d. Protokollanten: Gemeint sind in der Diskussion der Vorlage erwähnte Gremien Seniorenbeirat, Behindertenbeirat, Aus-

Der Vorsitzende lässt über den Geschäftsordnungsantrag sofort abstimmen:

Dieser wird mit den Stimmen von SPD, CDU, BfM und FDP/MBL gegen die Stimmen von B 90/Die Grünen bei Enthaltung der Marburger Linke mehrheitlich abgelehnt.

Sodann beantragt Frau Dr. Perabo folgende Änderung der Ziffer 2 der Vorlage:
(Änderungsformulierung in Fettdruck hervorgehoben)

Ziffer 2 der Vorlage wird nach den Worten "... die Antidiskriminierungsstelle mitfinanzieren, ... " ergänzt um "... die Bewilligung von IKZ-Mitteln (Förderprogramm "Interkommunale Zusammenarbeit") gewährleistet, eine finanzielle Mindestausstattung von 32.000 € pro Jahr erreicht wird und wenn in Marburg eine (mobile) Antidiskriminierungsstelle eingerichtet wird".

Der Vorsitzende lässt zuerst über den Änderungsantrag von B 90/ Die Grünen zur Ziffer 2 mit der folgenden, vollständigen Formulierung abstimmen:

2. Die Universitätsstadt Marburg unterstützt die geplante Antidiskriminierungsstelle des Vereins durch eine aktive Mitarbeit im Verein und durch finanzielle Bezuschussung in Höhe von 5.000 € jährlich, wenn mindestens zwei weitere Kommunen bzw. Landkreise aus Mittelhessen als Vereinsmitglieder die Antidiskriminierungsstelle mitfinanzieren, die Bewilligung von IKZ-Mitteln (Förderprogramm "Interkommunale Zusammenarbeit") gewährleistet ist, eine finanzielle Mindestausstattung von 32.000 € pro Jahr erreicht wird *und wenn in Marburg eine (mobile) Antidiskriminierungsstelle eingerichtet wird.*

Diese vorgeschlagene Änderung wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU, BfM, FDP/MBL und Marburger Linke gegen die beiden Stimmen von B 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt danach über die geänderte Ausgangsvorlage abstimmen, die den folgenden, vollständigen Wortlaut hat:

1. Die Universitätsstadt Marburg tritt dem Verein Antidiskriminierung Mittelhessen (e.V.) als Gründungsmitglied bei.
2. Die Universitätsstadt Marburg unterstützt die geplante Antidiskriminierungsstelle des Vereins durch eine aktive Mitarbeit im Verein und durch finanzielle Bezuschussung in Höhe von 5.000 € jährlich, wenn mindestens zwei weitere Kommunen bzw. Landkreise aus Mittelhessen als Vereinsmitglieder die Antidiskriminierungsstelle mitfinanzieren, die Bewilligung von IKZ-Mitteln (Förderprogramm "Interkommunale Zusammenarbeit") gewährleistet ist und eine finanzielle Mindestausstattung von 32.000 € pro Jahr erreicht wird.
3. Nach Ablauf der Förderdauer von fünf Jahren erfolgt eine Evaluation und es wird geprüft, ob eine Verstetigung sinnvoll und notwendig ist.

Die so geänderte Vorlage wird bei Enthaltung von B 90/Die Grünen ansonsten einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 4 Anträge der Fraktionen

zu 4.1 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Zivilgesellschaftliche Organisationen und freiwillig Engagierte in der Flüchtlingsarbeit Vorlage: VO/6632/2019

Frau Dr. Perabo erläutert für die Antrag stellende Fraktion. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies veranschaulicht aus Sicht des Magistrats ausführlich die bestehenden Vernetzungs- und Austauschformate, die diesem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Der Magistrat sagt zu, zu prüfen, ob ein Forum für Ehrenamtliche / Freiwillige, die sich über gemeinnützige Vereine / Institutionen / Organisationen engagieren, und für Ehrenamtliche / Freiwillige, die sich autark organisieren, eingerichtet werden kann.

Herr Kissel beantragt, über die Beschlussvorschläge Ziffer 1 und Ziffer 2 des Antrags getrennt abzustimmen.

Ziffer 1 des Antrags wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Ziffer 2 des Antrags wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU, BfM, FDP/MBL gegen die Stimmen von B 90/Die Grünen und Marburger Linke abgelehnt.

**zu 4.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wohnungslosenhilfe
Vorlage: VO/6634/2019**

Herr Böhm erläutert für die Antrag stellende Fraktion. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies veranschaulicht ausführlich, in welchen Schritten das Wohnungslosenhilfekzept bereits umgesetzt worden ist und beschreibt die konkret nächsten Planungen. Die Sozialplanerin, Frau Monique Meier, hat einen Zwischenbericht verfasst, der diesem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Auf Nachfrage von Herrn Kissel erklärt Herr Böhm daraufhin für die Antrag stellende Fraktion die Vorlage für erledigt.

**zu 4.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Barrierefreien Ausbau des Marburger Südbahnhofes vorantreiben
Vorlage: VO/6640/2019**

Herr Böhm erläutert für die Antrag stellende Fraktion. Die Vorlage wird unter Berücksichtigung der Beratung des Antrags am Vortag im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr diskutiert und Herr Kissel schlägt der Antrag stellenden Fraktion vor, den letzten Satz des ersten Absatzes sowie den vierten Absatz zu streichen. Frau Dinnebier stellt den Antrag, in Satz 1 des ersten Absatzes das Wort „endlich“ (vorletztes Wort) zu streichen.

Herr Böhm erklärt für die Antrag stellende Fraktion die Übernahme dieser Änderungsvorschläge.

Der so geänderte Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 5 Kenntnisnahmen

**zu 6 Die Universitätsstadt bietet künftig Ausbildungsplätze im Rahmen von PIA (Praxisorientierte Ausbildung) an
Vorlage: VO/6583/2018**

Stadträtin Frau Dinnebier erläutert die Vorlage ausführlich und Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Vorlage zum künftigen Angebot Praxisintegrierter Ausbildung (PIA) zustimmend zur Kenntnis.

zu 6.1 Bericht zur Situation obdachloser Menschen in Marburg
Vorlage: VO/6631/2019

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Situation obdachloser Menschen in Marburg, den der Oberbürgermeister Herr Dr. Spies bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 25.01.19 erteilt hat, zur Kenntnis.

zu 7 Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" liegen keine Themen vor.

Marburg, 18.02.2019

Roland Böhm
Vorsitzender

Peter Schmidt
Protokoll

Anlage 1 (zum TOP 4.1; Bestehende Vernetzungs- und Austauschformate in der Flüchtlingshilfe)

Der FD 52 weist auf bestehende Vernetzungs- und Austauschformate hin, die regelmäßig stattfinden und sich an Freie Träger bzw. Institutionen sowie an engagierte Freiwillige/Ehrenamtliche richten. Die wichtigsten sind:

- Im **Netzwerk Sprache und Integration des Landkreises Marburg-Biedenkopf**, koordiniert von der Bildungsorganisation des Landkreises Marburg-Biedenkopf, tauschen sich Sprachkursträger, Vertreter*innen des BAMF, Ausländerbehörde Universitätsstadt Marburg, Schulen u.a. mehrmals im Jahr aus.
- Ein gemeinsamer Austausch zum Thema „**Menschen mit Fluchterfahrung**“ (Bildungskoordination des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Arbeit und Bildung e.V., Praxis GmbH, Agentur für Arbeit Marburg, KJC, WIR Fallmanagement Universitätsstadt Marburg) findet ebenfalls mehrmals im Jahr statt.
- Es gibt darüber hinaus verschiedene **weitere Netzwerke**, in denen für die Akteur*innen die Möglichkeit besteht, sich zu verschiedenen Themen (z. B. Arbeit, Frauen, psychosoziale Fragen usw.) untereinander auszutauschen.
- Mitarbeiter*innen des FD 52 nehmen regelmäßig an **Treffen der Initiative "200 nach Marburg", des Interkulturellen Begegnungszentrums Kerner und des Runden Tisches für Flüchtlingsfamilien am Richtsberg** teil. Dort arbeiten sie gemeinsam an verschiedenen Projekten.
- Verschiedene **Ehrenamtsgruppen**, vor allem solche die Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften betreuen oder an konkreten Projekten beteiligt sind, treffen sich regelmäßig zum Austausch und stehen in direktem Kontakt mit den für diese Unterkünfte zuständigen Sozialpädagog*innen oder den WIR-Fallmanagerinnen des FD 52. Hierzu gehören:
 1. Team der Deutschlehrer*innen im **Portal Mauerstraße**
 2. Ehrenamtliche und **Kontaktkreis Asyl e.V. in Oberweimar**
 3. Ehrenamtsteam in **Michelbach**
 4. Ehrenamtsteam in **Schröck**
 5. Ehrenamtliche im **Patenschaftsprojekt**
 6. **Tourguides der interkulturellen Radtouren** (Kooperationsprojekt Gesunde Stadt und FD 52)

Selbstverständlich sind auch **Geflüchtete selbst** in Austausch- und Vernetzungsprozess eingebunden. Über Austauschtreffen innerhalb des Patenschafts-/ Tandemprojekts, über regelmäßige Hausversammlungen in den Gemeinschaftsunterkünften, über den Ausländerbeirat, sowie in Migranten Vereinen besteht die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und des Austausches über verschiedene Bedarfe.

Darüber hinaus wurden bzw. werden vom Fachdienst 52 selbst und in Kooperation mit anderen Institutionen im ersten Halbjahr 2019 folgende Informationsveranstaltungen und Austauschtreffen durchgeführt:

26. Januar 2019 - **Erfahrungsaustausch** der migrantischen und interkulturell tätigen Vereine und Initiativen zum Thema "Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Vereinen/Initiativen" (mit externer Moderation).

Dieses Format besteht seit 2018 und resultierte aus den Qualifikationsangeboten (u.a. Moderation in Vereinsgruppen) und den regelmäßigen Austauschtreffen der vernetzten Vereine im Rahmen des Projektes Mosaiksteine. Die Treffen finden 3-4 Mal im Jahr statt. Einige der teilnehmenden Vereine engagieren sich aktiv in der Flüchtlingshilfe.

20. Februar 2019 - **Treffen der Migrantenselbstorganisationen** und Vereine im Bereich der Interkulturellen Verständigung mit dem Oberbürgermeister, dem Integrationsbeauftragten und

der Fachbereichsleitung des Fachbereichs 7. Die aktuellen städtischen Strukturen im Bereich Integration werden vorgestellt und beide Seiten diskutieren über Erwartungen und ihre Beiträge zu gelingender Integration. Moderation: Sherif Korodowou, Integrationsbeauftragter.

6. März 2019 - 15. kreisweites Netzwerktreffen der Flüchtlingsinitiativen.

Das Netzwerk Ehrenamt, Flucht, Integration existiert seit 2014. Im Koordinierungsteam vertreten sind die Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf (FAM), das WIR-Fallmanagement des Landkreises Marburg-Biedenkopf, das WIR-Fallmanagement der Universitätsstadt Marburg und die Koordinierungsstelle für Flüchtlingsinitiativen, angesiedelt bei Integral gGmbH (Teamleitung).

Die Treffen der Ehrenamtlichen finden in der Regel viermal im Jahr statt. Inzwischen hat sich ein Format entwickelt, das eine offene Fragerunde (Ehrenamtliche können Hauptamtlichen Fragen in Bezug auf ihre Arbeit stellen), einen Infoblock und einen fachlichen Input (Themen sind an den Bedarfen der Ehrenamtlichen orientiert) in Form eines Vortrags o.ä. umfasst. Das aktuelle Treffen steht auf Wunsch der Initiativen ganz im Zeichen des gegenseitigen Austauschs der Ehrenamtlichen: Thementische bieten die Möglichkeit Erfahrungen auszutauschen und Bedarfe zu formulieren.

Weitere Treffen sind geplant am 12.6. / 25.9./ 30.11. Das diesjährige letzte kreisweite Netzwerktreffen wird wie im Jahr 2018 auch als Dankesveranstaltung konzipiert. Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies und der Erste Kreisbeigeordnete Herr Marian Zachow sprechen den Ehrenamtlichen ihren Dank aus.

Mai 2019 - Runder Tisch Integration zum Thema **freiwilliges Engagement**. Vorbereitung und Organisation: durch WIR-Koordination und WIR-Fallmanagement des FD 52 in Kooperation mit der Freiwilligenagentur (FAM), Internationaler Bund und Integrationsbeauftragter. Der Ausländerbeirat wird angefragt.

Ehrenamtliche, Vereine und Freie Träger verschiedenster Bereiche und in unterschiedlichen Strukturen werden eingeladen, um die Vielfalt des Ehrenamts sichtbar zu machen und dieses entsprechend zu würdigen.

Die Beteiligten analysieren gemeinsam Bedarfe, beraten über Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit und besprechen Lösungsansätze zur Bewältigung von Herausforderungen des freiwilligen Engagements. Moderation: voraussichtlich Freiwilligenagentur (FAM).

Dieses Format des Austauschs ist in Planung, in die auch die Anregungen aus den Veranstaltungen am 20. Februar und 6. März einfließen werden.

Weitere Ehrenamtsgruppen arbeiten ohne regelmäßig mit der Verwaltung in Kontakt zu stehen, wie zum Beispiel die Initiative Internationale Begegnungen, das Team des Begegnungscafés Refugium oder Gruppen innerhalb von Gemeinden oder anderen Freien Trägern.

Diese und Ehrenamtliche, die sich einzeln engagieren, können sich bei Bedarf auf unserer Homepage über Angebote und andere Akteur*innen informieren oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FD 52 jederzeit kontaktieren. Ebenso stehen die Koordinierungsstelle für Flüchtlingsinitiativen angesiedelt bei Integral gGmbH und die Freiwilligenagentur (FAM) allen Freiwilligen als Anlauf- und Beratungsstellen zur Verfügung. Beide organisieren und informieren zudem über Fortbildungsangebote und Fördermöglichkeiten.

Um den verschiedenen Akteur*innen genügend Raum für Austausch und Darstellung ihrer Erfahrungen und Bedarfe zu geben, scheinen uns die zuvor beschriebenen unterschiedlichen Formate zielführend. Unseres Erachtens bieten all diese Formate in ihrer Gesamtheit auch schon bisher Transparenz über Angebote sowie verschiedene Möglichkeiten zum Austausch unter Ehrenamtlichen und mit hauptamtlichen Akteur*innen sowie Raum zur Rückmeldung von Kritik und notwendigen Bedarfen.

Anlage 2 (zum TOP 4.2; Umsetzung Wohnungslosenhilfekonzept)

**Zwischenbericht zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes „Wohnungslosenhilfe“
Stand: 02/2019**

Das Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe in der Universitätsstadt Marburg wird seit 2015 kontinuierlich umgesetzt. Der Umsetzungsprozess wird von der Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“ gestaltet und ist durch Protokolle und Unterlagen auf der städtischen Homepage dokumentiert: www.marburg.de/wohnen. In der Arbeitsgruppe „Wohnungslosenhilfe“ stehen sowohl die inhaltliche als auch die bauliche Umsetzung des Gesamtkonzeptes im Fokus, wobei für den baulichen Aspekt regelmäßig Vertreter*innen des städtischen Fachbereiches „Planen, Bauen, Umwelt“ an den Arbeitstreffen teilnehmen.

Das Gesamtkonzept bezieht den Standort „Gisselberger Straße“ (Städtisches Übernachtungsheim, Tagesaufenthaltsstätte und Fachberatung des Diakonischen Werkes Marburg-Biedenkopf) und die städtischen Obdachlosenunterkünfte im Ginseldorfer Weg mit ein. An dem Prozess sind die lokalen Akteure der Wohnungslosenhilfe sowie Wohnungsbaugesellschaften beteiligt. Eine Liste aller Prozessbeteiligten ist online einsehbar. Ansprechpartnerin und Prozesskordinatorin ist die Sozialplanung.

Zur inhaltlichen Umsetzung gehört die strukturelle Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe und Regelung von Abläufen. Konkret wurden beispielsweise zu Beginn des Prozesses Gespräche mit den Bewohner*innen der Obdachlosenunterkünfte geführt und regelmäßig stattfindende Fallkonferenzen installiert. Ziel dieser Fallkonferenzen ist es, Perspektiven für die im Waldtal untergebrachten Menschen zu finden. Das neue Angebot des „Probewohnens“ wurde eingeführt, das über eine gemeinsam erarbeitete Kooperationsvereinbarung¹ geregelt ist. Das Angebot gibt es seit 2018 und ist auf die Bereitstellung von geeigneten Wohnungen der Wohnungs(bau)gesellschaften angewiesen. Zur Unterstützung der Probewohnenden ist eine Honorarkraft von der Stadt Marburg eingestellt worden. Zur Förderung der Zusammenarbeit und Abstimmung sind die Anfang 2016 eingeführten Arbeitsgruppensitzungen sehr wichtig. Modelle, wie der Ansatz „Hotel Plus“ wurden für Marburg diskutiert und Alternativen für den Standort „Ginseldorfer Weg“ beraten, da dieser aufgelöst werden soll. Da für diese Unterkünfte bisher kein geeignetes Bestandsgebäude als Ersatz gefunden werden konnte, gibt es die Überlegung, die benötigten 40 Plätze auf zwei oder drei geeignete Standorte zu verteilen. In der Fachgruppe findet ein regelmäßiger Austausch über diese Entwicklungen und die Einschätzung von Bedarfen statt, da für Marburg keine Gesamtstatistik „Wohnungslosenhilfe“ vorliegt. Die Einführung einer einheitlichen Statistik-Software ist im Rahmen der AG geprüft worden, konnte aber aufgrund der organisatorischen Gegebenheiten noch nicht eingeführt werden.

Zur baulichen Umsetzung des Konzeptes für den Standort „Gisselberger Straße“ hat der Magistrat 2017 den Bedarf anerkannt sowie der Grundlagenermittlung und Vorplanung durch den Fachdienst Hochbau zugestimmt. Laut der Bedarfsanerkennung (VO/5779/2017) wird ein Neubau statt einer ursprünglich angedachten Sanierung empfohlen. Für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Strukturen ist dieser Neubau dringend erforderlich. Der entsprechende Raumbedarfsplan wurde von allen Beteiligten im Rahmen der AG Wohnungslosenhilfe erarbeitet. Dieses Raumprogramm beruht u.a. auch auf neuen Angeboten, die installiert werden sollen. Nach einer längeren Grundstückssuche, die durch die Protokolle der Arbeitsgruppe dokumentiert ist, soll der benötigte Neubau am gleichen Standort in der „Gisselberger Straße“ umgesetzt werden. Aufgrund einer in Aussicht stehenden Interimslösung wird der Neubau in einem Bauabschnitt geplant und es wird mit einem Umsetzungszeitraum von 3,5 bis 4 Jahren gerechnet. Für die Vorbereitung der Baumaßnahmen stehen finanzielle Mittel beim Fachdienst Hochbau im Haushaltsplanentwurf 2019.

¹ Die Kooperationsvereinbarung zum Probewohnen wurde von Vertretungen der Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg, des AKSB, des Diakonischen Werkes MR-BID, der GeWoBau, der GWH, der He-phata Diakonie, der SHM und der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt unterschrieben.

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/6693/2019
	Status: öffentlich
	Datum: 04.03.2019
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Unterstützung der von Abschiebung bedrohten algerischen Familie aus Marburg

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung Marburg unterstützt die Petition beim hessischen Landtag für die von Abschiebung bedrohte algerische Familie aus Marburg. Darüber hinaus bittet sie den Magistrat, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um ein Bleiberecht der Familie zu erwirken.

Begründung:

Der Fall der algerischen Familie von Fatima A. und Tarek R., die Mitte Januar in einer überraschenden Aktion abgeschoben werden sollte, hat weit über die Grenzen der Stadt hinaus für Aufsehen und Empörung gesorgt. Die Stadt Marburg hat sich in der Vergangenheit für Geflüchtete als ein Ort der Zuflucht gezeigt. Dies wurde auch aktuell in der begrüßenswerten Rücknahme der Kürzung von Sozialleistungen durch den Oberbürgermeister deutlich. Die Stadt Marburg soll darüber hinaus Sorge tragen, dass die Familie die Aussicht auf ein gesichertes und menschenwürdiges Leben hat. Die Familie bemüht sich um eine eigenständige Lebensführung und hat bereits Möglichkeiten für eine berufliche Betätigung. Sie genießt eine breite Unterstützung in der Stadtgesellschaft.

Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jan Schalauske